

„Gleiches Recht auf Bildung für alle“

INKLUSION: Personalmangel Hauptthema bei Runden Tisch – „Schülern mit Beeinträchtigung droht Bildungs-Diskriminierung“

BOZEN. 4 Kategorien, aber eine Forderung an Landesrat Philipp Achammer: Mehr Mitarbeiter für Integration! Das kam bei einem Treffen der Stakeholder mit dem Bildungslandesrat klar zur Sprache. Andernfalls, so warnt die Arbeitsgruppe Mitarbeiter für Integration des Landesverbandes für Sozialberufe, drohe Diskriminierung.

Neben der Arbeitsgruppe saßen auch Vertreter des AEB (Aktive Eltern von Menschen mit Behinderung), Schulführungskräfte, die Kinder- und Jugendanwältin sowie die Gleichstellungsrätin mit Achammer und seinen Ressortvertretern am Runden Tisch.

Gemeinsam sprachen sie den Personalmangel, die „intransparente Stundenzuweisung“ und die „unzureichende Aufstockung der Kontingente“ von Mitarbeitern für Integration und Integrationslehrern an.

„Das Stellenkontingent des Integrationspersonals, vor allem der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für Integration, muss durch die Landesregierung erhöht werden, damit die Kinder mit Behinderung in den Bildungseinrichtungen unseres Landes nach ihren Bedürfnissen begleitet und gefördert werden können und das Recht auf Bildung gewährleistet ist. Es darf keine Diskrimi-



Schüler mit Beeinträchtigung brauchen in der Schule Unterstützung.

nierung aufgrund der unzureichenden Personalressourcen stattfinden! Gleiches Recht auf Bildung für alle“, mahnt die Arbeitsgruppe in ihrer Aussendung.

Obwohl Achammer die Anliegen kenne, sei das Stellenkontingent seit 2016 nur geringfügig erhöht und den Bedürfnissen nicht angepasst worden. Dabei arbeiten viele Mitarbeiter für Integration in nicht gewollter Teilzeit (wir haben berichtet) – die Personalressourcen wären vorhanden, folgert die Arbeitsgruppe.

© Alle Rechte vorbehalten